



# SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen	2/3	Page Romande	10	Fraktionsausflug	15	Seite der Präsidentin	19
Ferienberichte Parlamentarier	7	Unternehmenssteuerreform III	11	Anti-Bürokratie	16	Unter Freisinnigen	22

38. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

## Inhalt

### DNA-Auswertungen: Was möglich ist

Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit, dass Straftäter von der Polizei so schnell wie möglich gefasst werden. Nur: In der Schweiz werden heute nicht alle Mittel ausgeschöpft. Bei der Verwendung von DNA-Abschnitten kennt die Schweiz restriktive Regeln. Nationalrat Albert Vitali fordert deshalb die Anpassung des DNA-Gesetzes.

Seite 17

### Gesicherte Strassenfinanzierung

Die Schweiz verfügt im weltweiten Vergleich über ein hervorragend ausgebautes Verkehrsnetz. Nach der 2014 gefundenen Finanzierungslösung für die Schiene befindet sich nun im Parlament mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) jene Vorlage, die die Mittel für die Strasse sicherstellen soll. Ein Beitrag von Nationalrat Thierry Burkart.

Seite 18

### Zukunft der Medienlandschaft

Wohin die neue Medienwelt geht, wird in der Bevölkerung oft diskutiert. Der digitale Wandel bietet viele Chancen, wenn man sie denn packt. In der Schweiz kann nur eine dauerhafte Medienvielfalt entstehen, wenn sich der Koloss SRG zurückhält. Nur so können sich private Medien entfalten, meint Nationalrat Christian Wasserfallen.

Seite 21

**Glück ist eine Frage der Sicherheit.**

**JA! zum NDG**

Das Nachrichtendienstgesetz schützt unsere Freiheit und Sicherheit.

[www.ndg-ja.ch](http://www.ndg-ja.ch)

Deutschland, Frankreich, Belgien – innert kürzester Zeit wurde uns mehrmals schrecklich vor Augen geführt, dass unsere liberalen Gesellschaften nicht vor Gewalt und Terror gefeit sind. Auch in der Schweiz hat sich die Bedrohungslage verschärft. Unter geltendem Recht besitzen unsere Behörden aber nicht die notwendigen technologischen und rechtlichen Mittel, um sich gegen die heutigen Gefahren des Terrors, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Cyberkriminalität angemessen zu weh-

ren. Zurzeit müssen unsere Behörden gewissermassen mit einer Postkutsche einen Ferrari verfolgen. Das vom Parlament verabschiedete Nachrichtendienstgesetz (NDG) ist deshalb ein notwendiger Schritt: Es rüstet den Nachrichtendienst gegen die Gefahren des 21. Jahrhunderts. Bedenken, dass die Sicherheit auf Kosten der Freiheit geopfert werde, sind unbegründet. Das Gesetz stellt nämlich sicher, dass die Instrumente gezielt auf die realen Bedrohungen und ihre Urheber ausgerichtet werden. Gleich-

zeitig wird der Nachrichtendienst unter strenge Kontrollen gestellt und Massnahmen dürfen nur unter einem dreistufigen Bewilligungsverfahren eingesetzt werden. Das ergriffene Referendum gegen das NDG, über welches wir am 25. September 2016 abstimmen, ist ein gefährliches Spiel mit unserer Sicherheit. Überlassen wir die Sicherheit in der Schweiz nicht dem Zufall und sagen wir Ja zum neuen Nachrichtendienstgesetz.

Seite 12

Kanton Schaffhausen

# Schaffhausen wählt

Die Gesamterneuerungswahlen in Legislative und Exekutive bestimmen in den kommenden drei Monaten zu einem grossen Teil das politische Leben der FDP. Die Liberalen des Kantons Schaffhausen. Bereits Ende August finden die Wahlen in die Exekutivämter statt.

**Brigitta Hinterberger,**  
Geschäftsführerin  
FDP. Die Liberalen Schaffhausen

Auf Regierungsebene stellt sich RR Christian Amsler zur Wiederwahl. Den Sitz des zurücktretenden FDP-Regierungsrates Dr. Reto Dubach will die FDP Schaffhausen mit Martin Kessler, Unternehmer und Kantonsrat, verteidigen. Auch im Stadtrat der Stadt Schaffhausen hat die FDP einen Sitz zu verteidigen, denjenigen des nicht mehr zur Wahl antretenden Stadtrates Urs Hunziker. Die FDP der Stadt Schaffhausen freut sich, mit Diego Faccani, Inhaber eines Gewerbebetriebes in der Altstadt und amtierender Grossstadtrat, einen fähigen Kandidaten für den Stadtrat zur Wahl zu stellen. Auch auf Gemeindeebene treten verschiedene FDP-Gemeindepräsidenten zur Wiederwahl an oder es bewerben sich FDPler um einen frei werdenden Gemeindepräsidentensitz.

## Wahlen ins Kantonsparlament und in die Gemeindelegislativen

Am 25. September schliesslich finden die Wahlen ins Kantonsparlament statt. Für die 60 Sitze bewerben sich 534 Kandidierende – 171 Frauen und 363 Männer; insgesamt wurden 15 Listen mit Wahlvorschlägen eingereicht. Und schliesslich werden die Wähler im November nochmals an die Urne gerufen für die Gesamterneuerungswahlen in die Legislative auf Gemeindeebene, Grossstadtrat und Einwohnerrat. Und schliesslich finden auch noch die Erneuerungswahlen in Stadtschulrat und Schulbehörden der Gemeinden statt. Dass im Kanton Schaffhausen der Wahlherbst und der Kampf um Sitze begonnen hat, ist wahrlich nicht zu übersehen: Die Kandidierenden lachen von den Plakaten um die Wette und buhlen um die Wählergunst.



Martin Kessler (links) und Christian Amsler (rechts, bisher) treten an, um die beiden FDP-Sitze in der Schaffhauser Regierung zu verteidigen.

### Bürgerliche Regierung erhalten

Mit einer komfortablen Mehrheit von vier Mitgliedern, davon zwei FDP-Vertreter, ist die fünfköpfige Schaffhauser Regierung klar bürgerlich aufgestellt. Dies soll auch so bleiben! Am 28. August wählen die Schaffhauser Stimmberechtigten die Mitglieder des Regierungsrates für die Amtsperiode 2017–2020. Mit Regierungsrat Christian Amsler (FDP) und den beiden SVP-Regierungsräten Ernst Landolt und Rosmarie Widmer Gysel treten drei Bisherige zur Wiederwahl an. Nach dem Rücktritt des bisherigen FDP-Regierungsrates Dr. Reto Dubach gilt es, die zwei FDP-Sitze zu verteidigen. Mit dem bisherigen Bildungsdirektor Christian Amsler und Kantonsrat Martin Kessler hat die FDP ein schlagkräftiges Kandidatenduo nominiert. Die

beiden Kandidaten haben denn auch diesen Sommer einen beherzten und auf das gemeinsame Auftreten ausgerichteten Wahlkampf geführt.

### Einsatz für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Schaffhausen

Christian Amsler (1963) und Martin Kessler (1968) setzen sich für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Schaffhausen ein mit positiven Rahmenbedingungen und einem besonderen Augenmerk auf Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Dazu gehören auch ein ansprechendes Lebensumfeld für Familien und attraktive Verkehrsverbindungen auf Strasse und Schiene. In den beiden Webauftritten [www.christianamsler.ch](http://www.christianamsler.ch) und [www.martinkessler.sh](http://www.martinkessler.sh) findet sich der

überzeugende Leistungsausweis der beiden FDP-Kandidaten.

Christian Amsler leitet seit 2010 erfolgreich das Erziehungsdepartement und erzielt für Schaffhausen in der Restschweiz als Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz mit 21 Kantonen eine positive Aussenwirkung. Martin Kessler ist engagierter Unternehmer, einsetzungsfreudiger Kantonsrat und hat 2014 als Kantonsratspräsident die kantonale Legislative geleitet. Zudem engagiert er sich an vorderster Front in den beiden Wirtschaftsverbänden IVS und IGK für die Anliegen der Unternehmungen. Christian Amsler und Martin Kessler möchten sich gerne mit einer engagierten, bürgerlichen Regierungsarbeit zum Wohle der Schaffhauserinnen und Schaffhauser einsetzen.

Präsidentenwechsel in der FDP Thurgau

## Von Walter Schönholzer zu David H. Bon

Im Beisein von Petra Gössi wählten die Thurgauer Freisinnigen an der Mitgliederversammlung vom 20. Juni David H. Bon zu ihrem neuen Präsidenten. Bon trat die Nachfolge von Walter Schönholzer an, der seit dem 1. Juni im Thurgauer Regierungsrat ist.

**Peter Mesmer,**  
Redaktor «Thurgauer Freisinn»

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wählten am 28. Februar 2016 den bisherigen Präsidenten der FDP. Die Liberalen Thurgau, Walter Schönholzer, mit einem Glanzresultat in die Thurgauer Regierung. Nun galt es, einen Ersatz zu finden. Mit David H. Bon, Stadtpräsident von Romanshorn und erfahrener Kantonsrat, konnte die Parteileitung eine renommierte Persönlichkeit gewinnen. Diesem Vorschlag schlossen sich die Mitglieder an der ordentlichen Versammlung vom 20. Juni an. Sie sprachen David H. Bon per Akklamation das Vertrauen aus.

Walter Schönholzer war von seinem Amt als Parteipräsident nach seiner glanzvollen Wahl in die Regierung



Stabübergabe (von links): Walter Schönholzer, Petra Gössi, David H. Bon.

auf den 31. Mai 2016 zurückgetreten. Er kann mit Genugtuung auf drei erfolgreiche Jahre an der Spitze der Thurgauer Freisinnigen zurückblicken. Unter seiner Führung ist es bei den letzten Nationalratswahlen gelungen,

den vier Jahre zuvor verlorenen Sitz zurückzugewinnen. Ebenfalls gewann die FDP Thurgau im vergangenen Frühjahr zwei Sitze im Kantonsparlament dazu und konnte ihren Wähleranteil erhöhen.

**David H. Bon, ein profilierter Nachfolger**

Auf Walter Schönholzer folgt nun David H. Bon. Der 49-Jährige gilt als profilierter Politiker. Seit seinem Amtsantritt als Stadtpräsident von Romanshorn vor fünf Jahren hat er für die Entwicklung der Hafenstadt am Bodensee zahlreiche positive Akzente setzen können. Seit 2010 vertritt David H. Bon die FDP auch im Kantonsparlament. In der Partei war er zuvor als Ortsparteipräsident und in der Parteileitung engagiert. Auf die Frage, wie er die Partei künftig führen und gegen aussen vertreten wolle, lautet seine Antwort: «Für mich ist es vor allem wichtig, dass die FDP öffentlich stark wahrgenommen wird sowie pointiert und meinungsbildend arbeitet.»

Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 23. Oktober 2016

## #mehBlau im Aargau

**Ziemlich abrupt hat die amtierende grüne Regierungsrätin Susanne Hochuli das Polit-Sommerloch gestopft: Ende Juli kündigte sie an, dass sie am 23. Oktober nicht zur Wiederwahl in die kantonale Exekutive antreten wird. Seither läuft unter den Aargauer Kantonalparteien das grosse Gerangel um den frei werdenden Sitz. Auch der Grossratswahlkampf startet allmählich in die heisse Phase. FDP. Die Liberalen Aargau kämpft mit 140 Kandidierenden, ihrem bisherigen Regierungsrat Stephan Attiger und klar definierten Zielen für #mehBlau im Kanton.**

Bei den nationalen Wahlen letztes Jahr hat die FDP Aargau abgesahnt: Sie konnte ihren Wähleranteil deutlich

steigern, gewann ein drittes Nationalratsmandat und verteidigte erfolgreich ihren Sitz im Ständerat. Entsprechend ambitioniert starten die Aargauer Freisinnigen in die kantonalen Wahlen vom 23. Oktober. Ziel ist es, den Wähleranteil in sämtlichen Bezirken zu steigern, zwei zusätzliche Grossratssitze zu gewinnen (bisher 22) und den Sitz im Regierungsrat zu halten.

**Mit #mehBlau präsent im Netz**

Die Kantonalpartei hat unter der Führung von Präsident und Nationalrat Matthias Samuel Jauslin und mit tatkräftiger Unterstützung von Wahlkampfleiter Andreas Wagner früh losgelegt. Mit einer Image-Plakatkampagne, die auf der Zukunftsstrategie Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt basierte, markierte die FDP bereits vor

den Sommerferien Präsenz und machte so die anderen Parteien etwas nervös. Nebst den klassischen Massnahmen wie Wildplakate, Inserate, Leserbriefe und Standaktionen setzt die FDP Aargau verstärkt auf Social Media und hat sämtliche Kandidierenden zu einer entsprechenden Schulung eingeladen. Dieses Angebot wurde rege genutzt mit dem Resultat, dass unter dem Hashtag #mehBlau fleissig für die #WahlAG16 gepostet, geliked, geteilt und kommentiert wird.

**Volle Listen in allen Bezirken**

Dank grossem Einsatz der Bezirksparteien verlief auch die Kandidatensuche erfolgreich, und die FDP kann in sämtlichen Bezirken mit vollen Listen antreten – das haben insgesamt nur zwei Parteien geschafft. Auch



Stephan Attiger

wenn sich die Ausgangslage der Regierungsratswahlen mit dem frei werdenden Sitz geändert hat, bleibt die FDP Aargau bei ihrer Strategie: Sie startet mit ihrem Bisherigen Stephan Attiger in die Regierungsratswahlen und wird keine Allianzen mit anderen Parteien eingehen. Sollte es aber zu einem zweiten Wahlgang kommen, behält sie sich alle Optionen offen.

**Kaspar Schoch,**  
Grossratskandidat,  
Geschäftsführer FDP Aargau

Gleichstellung

# Warum LGBT-Rechte auch in der Schweiz noch ein «Thema» sind

In der Schweiz hat es die LGBT-Community gut: Diskriminierung gehört der Vergangenheit an, man kann (fast) heiraten, was gibt es also noch zu bemängeln oder gar zu fordern? Gerade aus liberaler Warte darf es in diesem privaten Bereich eben keine Kompromisse geben, und es ist jegliche abweichende Behandlung im Gesetz – zum Beispiel bei der Stiefkindadoption –, aber auch im täglichen Leben zu beseitigen.

**Marc Lindt, alt Ortspartei-präsident Küsnacht ZH und langjähriges Vorstandsmitglied von Radigal**

Kaum war am 11. Juni 2016 die Pride-Demo in Zürich unter dem Motto «Team for Love» fröhlich und lustvoll über die Bühne gegangen, passierte noch in derselben Nacht der schreckliche Hass-Massenmord in einem Schwulenclub in Orlando. Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) hatte am Abend für die friedliche Demonstration in Zürich nur einen Nebensatz übrig! Nicht viel anders war es auch in der Sonntagspresse: Eigentlich war fast nichts dazu zu lesen, obwohl die Demo mehrere tausend Teilnehmer angezogen hatte und komplett friedlich und sauber abgelaufen war. Offenbar sind die Anliegen der LGBT-Gemeinschaft ein absoluter «no brainer» in unserem Land. Ist also betreffend LGBT-Rechten alles im «grünen» Bereich in der Schweiz?

## Gedanken zu programmatischen Inhalten

Die gleiche Frage haben wir uns bei Radigal auch gestellt, als wir uns zu den programmatischen Inhalten der Fachgruppe Gedanken machten. Es ist selbstredend, dass es der LGBT-Gemeinschaft in der Schweiz im Vergleich zu Uganda oder auch Russland viel besser geht. Aber wir haben auch dafür gekämpft und es geschafft – im Gegensatz zu anderen Ländern – am 5. Juni 2005 an der Urne für die eingetragene Partnerschaft ein klares Ja vom Volk zu bekommen. Existenzielle Probleme haben LGBT in der



Marc Lindt

Schweiz nicht, aber jede(r) von uns kann feststellen, dass der Wind eher wieder gedreht hat und vor allem, dass wir keine Insel sind. Gerade auch die Migration von Menschen mit einem anderen religiösen und ausserdem nicht säkularen Hintergrund bringt auch in der Schweiz wieder Fragen des täglichen Umgangs mit dem Thema aufs Tapet.

Mit dem Massenmord in Orlando wurde nun sehr plötzlich auch einer breiteren Bevölkerung wieder klar, dass die Hasskampagnen, sei es vom

Islamismus, aus Moskau oder von den rechtsextremen Parteien, bewusst geschürt – oder auch nur durch die klare Ablehnung der (katholischen) Kirche gefördert – eben gerade auch heute noch ihre Früchte tragen, oder schlimmer, sich sogar wieder vermehren. Weiterhin trauen sich deshalb auch bei uns Jugendliche nicht, sich zu «outen» – und das nicht nur in religiösen Familien – und die entsprechende Selbstmordrate ist signifikant höher. Weiterhin existieren absurde gesetzliche Hürden gegenüber transsexuellen

Menschen. Weiterhin ist es durchaus an der Tagesordnung, dass LGBT-Menschen subtil von politischen oder beruflichen Karrieremöglichkeiten ferngehalten werden. Nein, es ist noch nicht alles im grünen Bereich!

## Liberaler Positionen wichtig

Jammern auf hohem Niveau? Haben wir keine dringenderen Probleme? Doch, wir haben sie. Gerade angesichts des weltweiten Gegentrends mit der Pseudo-Besinnung auf Familie und Vaterland ist aber die Wichtigkeit einer liberalen Positionen im Westen, im Speziellen in der Schweiz und in der FDP, nicht zu unterschätzen. Dabei geht es nicht nur – das ist ja selbstverständlich – um eine klare Haltung gegen Hassverbrechen wie jenem in Orlando, sondern eben gegen jegliche Diskriminierung, sei es in der Ehe, bei der Adoption, der beruflichen Karriere oder auch allen anderen Bereichen des täglichen Lebens.

Das Schweizer Volk hat schon vor Jahren deutlich der «Eingetragenen Partnerschaft» zugestimmt, wir «brauchen» hier in der Schweiz eben keine besserwässerische Gerichtsentscheide wie im Ausland. Was wir brauchen, sind Politiker, die in dieser gesellschaftsliberalen Angelegenheit nicht um den Brei reden. In der FDP gibt es zahlreiche unterstützende Stimmen, aber es tut Not, die berechtigten Anliegen geschlossen zu unterstützen. Scheinargumente populistischer Bewegungen und Parteien («kein Kind braucht Vater und Mutter»), die angesichts der realen Entwicklung heute jeglicher Basis entbehren, sollten im FDP-Vokabular nicht Eingang finden.

100 Jahre Auslandschweizer-Organisation ASO

# Die FDP International gratuliert der Auslandschweizer-Organisation zum 100. Geburtstag

Mit einem Festprogramm am Auslandschweizerkongress vom 5. bis 7. August dieses Jahres in Bern feiert die Auslandschweizer-Organisation ASO unter grosser Publikumsbeteiligung ihren runden Geburtstag. Wie immer ist die FDP International dabei. Wir freuen uns mit über das bisher Erreichte und wünschen der ASO viel Erfolg auch in den kommenden Jahren.

**Helen Freiermuth,**  
Vorstandsmitglied  
FDP.Die Liberalen International

Mitten im Ersten Weltkrieg wurde die ASO als Tochter der zwei Jahre zuvor gegründeten Neuen Helvetischen Gesellschaft NHG ins Leben gerufen. Das «Auslandschweizerwerk» sollte Schweizerinnen und Schweizer im Ausland enger mit der Heimat verbinden und sie vermehrt am nationalen Leben teilhaben lassen. Seit 1989 ist die ASO eine privatrechtliche Stiftung unter Aufsicht des Bundes.

## 100 Jahre im Dienst der Fünften Schweiz – Beratung, Betreuung und Unterstützung

Das Tätigkeitsgebiet der ASO hat sich im Lauf des Jahrhunderts immer wieder neuen Bedürfnissen angepasst. Am Anfang stand die Heimkehrhilfe für Landsleute, die durch Krieg und Revolution ihre Existenz verloren hatten, im Vordergrund. Für Härtefälle in dieser Art ist heute die Stiftung Soliswiss zuständig. Die Palette an Dienstleistungen der ASO ist kontinuierlich breiter geworden. So reicht das Angebot der Organisation mit Sitz in Bern von der Auswanderungsberatung über Lager für Kinder und Jugendliche, Ausbildungsbegleitung in der Schweiz, Information der Auslandschweizer über die Zeitschrift «Schweizer Revue» und swissinfo.org bis zur Vernetzung über swisscommunity.org, dem sozialen

Netzwerk für die Fünfte Schweiz. Zudem findet jährlich der Auslandschweizerkongress statt. Dabei werden relevante Themen diskutiert und die Geselligkeit gepflegt.

## Der Auslandschweizererrat, das Parlament der Fünften Schweiz

Der Auslandschweizererrat ASR mit seinen 140 Mitgliedern ist ein Abbild der schweizerischen Diaspora rund um den Globus. Je mehr Schweizer in einem Land leben, umso mehr Vertreter aus diesem Land treffen sich zu den Sitzungen, die zweimal pro Jahr stattfinden. Dabei beraten sie über wichtige Fragen der Auslandschweizerpolitik und nehmen Stellung zu aktuellen Themen aus der Sicht der Fünften Schweiz.

So gehen beispielsweise die Verankerung der Auslandschweizer in der Bundesverfassung, die Bewahrung der Freiwilligen AHV/IV, die Existenzsicherung durch den Solidaritätsfonds, mehrere Bürgerrechtsrevisionen, die Information der Auslandschweizer («Schweizer Revue»), die Förderung der Ausbildung der jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer oder die Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts auf das Wirken des ASR zurück. Das, obwohl der Auslandschweizererrat lediglich über beratende Kompetenzen verfügt.

## Die FDP International als Partnerin der ASO

Wie die ASO hat die FDP Internatio-

nal das Ziel, die Auslandschweizerinnen und -schweizer stärker mit der Heimat zu verbinden, wobei für uns natürlich der politische Aspekt im Vordergrund steht. Erfreulich ist, dass die FDP International gleich mehrere Vertreter im Auslandschweizererrat stellt und so die Gechicke im liberalen Sinn mitgestalten kann.

Als Schwerpunkte der politischen Arbeit gelten sowohl für die FDP International wie für die ASO

- die flächendeckende Einführung des E-Votings, das unverständlicherweise noch immer auf Widerstand stösst;

- die umfassende konsularische Betreuung, insbesondere mit Hilfe neuer Technologien, weshalb sich die FDP International für die umfassende Einführung der elektronischen Verwaltung einsetzt;

- die Gewährleistung der Kapitalfreiheit auch für Auslandschweizer, wozu auch das Recht von Schweizerbürgern im Ausland gehört, in der Schweiz ein Post- oder Bankkonto zu führen. Allerdings bestehen hier leider nur beschränkte Einflussmöglichkeiten;

- der Zugang zu den Sozialversicherungen, vor allem auch bei kurz- und mittelfristigen Auslandsaufenthalten.

So verbinden wir denn mit unserer Gratulation zum Geburtstag die besten Wünsche zur Realisierung der gesteckten Ziele und die Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit – aus Liebe zur Fünften Schweiz!



Die FDP war auf dem Bundesplatz sehr präsent und zeigte, wie sie sich für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer einsetzt.

# Nein zur Finanzierung der Altersvorsorge mit der Kreditkarte der Jugend

Demografische Veränderungen lassen das im 20. Jahrhundert konzipierte System im neuen Jahrtausend tiefrote Zahlen schreiben. Grundlegende Reformen sind deshalb dringend notwendig. Vor diesem Hintergrund fordert die AHV-Initiative eine Erhöhung aller AHV-Renten um 10 Prozent. Das belastet die jetzt schon defizitäre AHV um jährlich nochmals 4,1 Milliarden. Die AHV ist zu sichern, statt die Kreditkarte der Jugend nochmals milliardenschwer zu belasten.

**Andri Silberschmidt,**  
Präsident Jungfreisinnige

Eine steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig rückläufigen Geburtenraten hat dazu geführt, dass immer weniger Arbeitende für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten weiter zuspitzen. Als logische Konsequenz befindet sich die AHV in tiefroten Zahlen. Eine 10-prozentige Erhöhung der AHV-Renten, wie von den Initianten gefordert, verschlimmert die Schiefelage der Altersvorsorge. Sie würde in der 1. Säule im Jahr 2018 jährlich 4,1 Milliarden Franken und ab 2030 sogar 5,5 Milliarden an zusätzlichen Kosten verursachen.

### AHV-Initiative leistet keine Hilfe

Die Initianten wollen sämtliche AHV-Renten pauschal um 10 Prozent erhöhen, «weil Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen besonders stark auf die AHV angewiesen sind». Aber gerade Personen, deren Rente so niedrig ist, dass sie zusätzlich dazu ergänzungsleistungsberechtigt sind, leistet die AHV-Initiative keine Hilfe. Denn mit der pauschalen Erhöhung der AHV-Rente erfolgt im selben Masse eine Kürzung der Ergänzungsleistungen, womit sich die AHV-Initiative für die Ergänzungsleistungsbezüger als Nullsummenspiel herausstellt. Am Ende des Monats haben sie keinen müden Rappen mehr im Portemonnaie. Für zwölf Prozent der Bezüger bedeutet eine Annahme sogar eine Verschlechterung ihrer Situation. Sie verlören gänzlich Anspruch auf ihre Ergän-



Andri Silberschmidt

zungsleistungen und damit auf diverse damit verknüpfte Vergünstigungen.

Zusätzlich gefährdet die Initiative das Bestehen unserer Altersvorsorge grundsätzlich. Die durch den demografischen Wandel verursachten finanziellen Kosten werden schon heute auf die Kreditkarte der Jugend gebucht. Bei einer Annahme der Initiative wird sie jährlich nochmals um 4,1 Milliarden belastet. Sollte auch künftig die Lösung des Problems und damit die finanzielle Last der nächsten Genera-

tion aufgebürdet werden, droht das System zusammenzubrechen. Der Generationenvertrag ist kein einseitiges Versprechen zur Solidarität. Er erfordert auch die Bereitschaft der älteren Generation, zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge beizutragen.

### Entpolitisierung der Altersvorsorge

Zielführend ist eine Flexibilisierung des Rentenalters. Darüber hinaus muss die Altersvorsorge entpolitisiert

werden. Sie soll nicht der Spielball von Interessenspolitik bleiben, sondern ist nüchternen mathematischen Grundsätzen folgend zu berechnen. Eine automatische Schuldenbremse in der 1. Säule (schrittweise Erhöhung des Rentenalters bei einem negativen Umlageergebnis) ist das richtige Instrument dafür.

Aber nicht nur die AHV hat mit Problemen zu kämpfen. Auch in der 2. Säule sind Anpassungen dringend nötig, um die Finanzierung auch langfristig sicherzustellen. So ist die Eigenverantwortung in der 2. Säule zu stärken. Mit der Möglichkeit einer freien Pensionskassenwahl können sich Anbieter von hoher Qualität besser abheben, und wir alle können die Kasse auswählen, die unseren Bedürfnissen entspricht. Durch diesen Wettbewerbsmechanismus setzen sich die besten Kassen durch. Heute reglementiert der Bundesrat jedes kleine Detail bis hin zur Anlagestrategie der Pensionskassen. Die finanziellen Folgen durch die vielfach veralteten Vorschriften tragen wir alle.

### Nicht zu Lasten der Jugend

Es muss verhindert werden, dass der Jugend die gesamte Last des demografischen Wandels aufgebürdet wird. Die AHV-Initiative belastet die Kreditkarte der Jugend milliardenschwer und hilft den Falschen. Sie ist deswegen abzulehnen. Das kann aber nur der erste Schritt sein. Grundlegende Reformen sind unumgänglich, um die Finanzierung der Altersvorsorge langfristig sicherzustellen. Wer nichts unternimmt, wird zum Totengräber der Altersvorsorge.

Aus den Sommerferien

# Ferienenerlebnisse von FDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern



«Keine Sommerferien ohne Abstecher ins Waadtland und nach Genf. Den Romandie-Virus hat mir meine Mutter eingepflanzt, die 1947 in Ouchy als «jeune fille au-pair» weilte. Man sagte damals, die jungen Deutschschweizerinnen würden auf der Fahrt in die Romandie beim Anblick des Lac Léman ihr Retourbillet aus dem Zugfenster werfen. Mir geht es gleich. Müsste ich meinen Heimatkanton verlassen, wäre das Waadtland meine Wahlheimat – liberté et patrie.»

**Karin Keller-Sutter, Ständerätin SG**

«Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Genau deshalb habe ich die Sommertage in der Schweiz verbracht. Zu Beginn der Ferien durfte ich bei einigen Lehr- und Diplomabschlüssen jungen Leuten zu ihrem Start ins Berufsleben gratulieren. Schon bald folgten dann Ausflüge zum Chasseral und nach Locarno, wo ich mit Ständeratskollege Josef Dittli das Filmfestival besuchte. Nicht zu kurz kommen in den Ferien durfte das Joggen, damit ich für die strengen kommenden Monate genügend fit bin.»

**Damian Müller, Ständerat LU**



«Unser Land bietet nicht nur vielfältige Möglichkeiten zur Erholung, sondern auch eine Fülle von wunderschönen Landstrichen. So haben wir unsere diesjährigen Ferien im prächtigen Bergsommer des Engadins verbracht. Bei ausgedehnten Touren mit dem Mountainbike konnte ich meinen Kopf so richtig durchlüften – getreu dem Motto: «Grind ache u bike.» Die Bezwingung der technisch zum Teil doch sehr anspruchsvollen Wanderwege mit dem Bike erforderte meine ganze Konzentration; das tat richtig gut!»

**Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL**

«In den Sommerferien bin ich wieder mal an die Grenzen gegangen. Nicht an meine eigenen, sondern an jene, die zwischen den Ländern stehen. Als ich mit dem Auto am russischen Zoll stand und zweieinhalb Stunden auf die Einreise warten musste, wurde mir einmal mehr bewusst, wie gut wir es im Schengen-Raum eigentlich haben. Die Mobilität, die für uns so selbstverständlich ist, werde ich in nächster Zeit wieder mehr schätzen. Garantiert!»

**Peter Schilliger, Nationalrat LU**



Delegierte fassen Abstimmungsparolen für den 25. September

## DV in Brugg im Zeichen des Brexit

Die dritte Delegiertenversammlung dieses Jahres fand im Zeichen des Brexit statt. Die Delegierten bewiesen Handlungsfähigkeit und verabschiedeten hierzu umgehend eine Resolution. Auch sagten sie Nein zur «AHVplus»-Initiative, Nein zur Initiative «Grüne Wirtschaft» und Ja zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG).

Nationalrat Matthias Jauslin, Präsident der FDP Aargau, hiess am 25. Juni die Delegierten im Campusaal der Fachhochschule Nordwestschweiz herzlich willkommen. Tags zuvor hatte das britische Stimmvolk beschlossen, aus der Europäischen Union auszutreten. Mit der Annahme einer Resolution handelten die Delegierten prompt und untermauerten so die Stossrichtung der FDP punkto Europapolitik: Es gilt, die bilateralen Beziehungen zum Vereinigten Königreich auf ein neues Fundament zu stellen, den Bürokratieabbau voranzutreiben und unsere Beziehungen zur EU vorbehaltlos auf dem bewährten Weg fortzuführen: dem bilateralen Weg.

In seiner Rede strich Bundesrat Didier Burkhalter die Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus durch Prävention hervor: «Wir legen den Fokus auf die Jugend. Wir schaffen für diese Perspektiven und tragen so dazu bei, die Attraktivität von Terrorgruppierungen wie IS zu reduzieren.» Mit der neuen Botschaft über die



Delegierte im Gespräch.

internationale Zusammenarbeit wolle der Bundesrat die Mittel für die Bildung um 50 Prozent erhöhen. Das sei eine Investition für Frieden und für

die Prävention von Terrorismus. Auch fassten die Delegierten die Abstimmungsparolen für die Abstimmungen vom 25. September.

### NEIN zur Initiative «AHVplus»

Die Initiative hätte eine Erhöhung der jährlichen AHV-Ausgaben von 4 Milliarden im 2018 und von 5,5 Milliar-



Didier Burkhalter



Matthias Jauslin



den im 2030 zur Folge. Die Initianten bleiben uns aber weiterhin eine Antwort schuldig, wie dies finanziert werden sollte. Pensionierte, die in armen Verhältnissen leben, würden nicht von der Rentenerhöhung profitieren. Vielmehr wären es die Wohlhabenden. Diese Initiative schiesst also ein Eigentor. Die Delegierten gaben ein klares Zeichen und beschlossen einstimmig, die Initiative abzulehnen.

**NEIN zum grünen Zwang**

Die FDP setzt sich ein für eine ressourceneffiziente Wirtschaft und ein nachhaltiges Konsumverhalten. Wir sagen aber klar Nein zu neuen Regulierungen, die keinen Mehrwert schaffen. Die Initiative «Grüne Wirtschaft»

ist ein gefährliches Experiment mit unzähligen Risiken und unabsehbaren Gefahren. Um das Ziel der Initiative zu erreichen, müssten Konsumenten bevormundet, die Wahlfreiheit eingeschränkt und den Unternehmen Produktionsprozesse diktiert werden. Die Delegierten lehnten die Initiative mit 244 zu 1 bei 2 Enthaltungen klar ab.

**JA zum NDG**

Das Nachrichtendienstgesetz ist die Antwort auf die heutigen Bedrohungen. Es erhöht die Sicherheit und trägt zum Schutz des Wirtschaftsstandorts Schweiz bei. Das Gesetz behebt Lücken und Schwächen des geltenden Rechts, stärkt die Handlungsfähigkeit und erhöht die Sicherheit, betonte



Positionspapier zum Brexit.

Bundesrat Didier Burkhalter. Ziel ist nicht, möglichst viel, sondern möglichst genau und effizient zu überwachen. Mit diesem Gesetz geben wir dem Nachrichtendienst griffige Inst-

umente in die Hand, um auf die heutige Gefahrenlage zu antworten. Die Delegierten beschlossen mit 237 zu 2 bei 3 Enthaltungen, das Gesetz anzunehmen.



Damian Müller



Petra Gössi



Andri Silberschmidt



Ignazio Cassis

Réforme de l'imposition des entreprises III

## L'exemple vaudois: un succès PLR

Les chambres fédérales ont, le 17 juin dernier, adopté le projet de réforme de l'imposition des entreprises III. Le canton de Vaud a, le 20 mars déjà, fait adopter son projet d'application. Revenons sur les raisons du succès de ce projet qui a été soutenu par 87 pourcent des vaudois.

**Frédéric Borloz,**  
Conseiller national VD

La Réforme de l'imposition des entreprises III (RIE III) est importante pour notre pays. En effet, les standards internationaux doivent être respectés et nous devons supprimer les statuts spéciaux fiscaux pour les entreprises. Les Suissesses et Suisses devront probablement se prononcer, car le parti socialiste suisse (PSS) a décidé de lancer un référendum contre cette importante réforme.

Le canton de Vaud est le premier canton à avoir mis en place un plan d'application pour la RIE III. Le canton accueille sur son territoire de nombreuses entreprises internationales. Elles donnent du travail à de nombreuses PME et emploient environ 25 000 personnes. Rappelons que ces entreprises sont fortement mobiles. Il était donc nécessaire d'assurer des conditions-cadre satisfaisantes afin de préserver les emplois.

### Le projet «vaudois»

Les premières discussions du Conseil d'État ont débuté en 2011 dans le cadre de la Conférence des directeurs cantonaux et de la Conférence des gouvernements cantonaux. Par la suite, diverses démarches ont été entreprises afin de consulter les différents acteurs impliqués afin d'aboutir à un accord. Le Conseil d'État a établi un compromis avec deux volets pour s'assurer que l'ensemble des partenaires soutiennent le projet. D'un côté, une baisse fiscale et l'autre des améliorations dans le domaine «social».

### Un taux unique et des améliorations dans le domaine «social»

Actuellement, les sociétés à fortes activités à l'étranger sont imposées entre 10 et 15 pourcent, alors que les PME vaudoises sont soumises à un taux de



Frédéric Borloz

22 pourcent. Le Conseil d'État a proposé un taux unique de 13,8 pourcent. Ainsi la réforme instaure un équilibre fiscal synonyme de renforcement économique et social du canton de Vaud. Ce taux unique s'applique à toutes les

entreprises établies dans le canton. Une baisse du taux pour près de 28 000 PME vaudoises aura lieu, ce qui leur permettra d'investir, de se développer et de recruter. Seules quelques centaines de sociétés à statuts verront leur

impôt légèrement augmenter. Ces mesures permettront au canton de Vaud de rester compétitif en comparaison intercantonale et internationale.

D'autre part, des mesures d'accompagnement en faveur du pouvoir d'achat des familles et des travailleurs seront mises en place avec des augmentations progressives des allocations familiales, des augmentations des subsides à l'accueil de jour des enfants, augmentation de la déduction fiscale pour primes d'assurances maladie, etc. Concrètement, les conséquences fiscales pour le canton et les communes seront de 285 millions par an, dont environ 49 millions par an pour les communes. La bonne santé économique du canton permettra de mieux supporter les coûts engendrés.

### Un succès PLR

Avec ces mesures, le Conseil d'État a réussi à rassembler la quasi-totalité des acteurs politiques et économiques. Seule l'extrême gauche a refusé le projet. Il convient de louer le travail réalisé par le Conseil d'État et notamment par notre conseiller d'État en charge des finances, Pascal Broulis, ainsi que par le PLR Vaud. Les vaudois ont le 20 mars dernier soutenu le projet à 87 pourcent.

Le PLR Vaud a toujours défendu ce projet, à tous les niveaux – au parlement et au Conseil d'État –, et en proposant ses ingrédients, il a été l'un des artisans de sa recette. Nous devons maintenant nous engager pour la RIE III fédérale car il est nécessaire, dans un environnement économique instable, de donner un cadre clair et non contestable aux entreprises de notre pays qui contribuent à créer des emplois et à lutter contre le chômage. La RIE III est soutenue par les cantons et les entreprises indigènes et internationales de toutes tailles.

Unternehmenssteuerreform III

# Damit die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich bleibt

Erträge, die international tätige Unternehmen im Ausland erwirtschaften, werden in den Kantonen ermässigt besteuert. Diese Regelungen stehen jedoch nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards und müssen deshalb angepasst werden. Gleichzeitig soll die Attraktivität des Unternehmensstandorts Schweiz aber erhalten bleiben. Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) schafft diesen Spagat. Das ergriffene Referendum der SP hingegen steht quer in der Landschaft und gefährdet die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandorts.

**Ruedi Noser, Ständerat ZH**

Für die USR III muss der Bund auf kurze Sicht 1,3 Milliarden Schweizer Franken investieren. Dahingegen schadet ein Erhalt des Status quo dem Standort Schweiz einiges mehr. Denn eine Ablehnung der USR III und damit die Verletzung von internationalen Standards schwächt den Standort Schweiz. Dadurch bliebe nicht nur die Zuwanderung neuer Gesellschaften aus, sondern ansässige Gesellschaften würden gänzlich ins Ausland wegziehen. Arbeitsplatzverluste und der Wegzug der Unternehmen verursachen auf lange Sicht massive volkswirtschaftliche Kosten. Die rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ist deshalb notwendig, um die Standortattraktivität in einem kompetitiven Umfeld zu sichern und auszubauen. Es gilt nun, das von der SP ergriffene Referendum zu bekämpfen, damit diese Reform schnellstmöglich in Kraft treten kann.

## Sie sichert und stärkt die Attraktivität des Standorts Schweiz

Die heutigen steuerlichen Sonderregelungen betreffen rund 24 000 Unternehmen mit 135 000 bis 175 000 Beschäftigten. Diese Firmen sind für fast 50 Prozent der gesamten privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben verantwortlich. Ebenso profitierten Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe, also auch KMU, massgeblich von der Nachfrage spezialbesteuerteter Unternehmen in der Schweiz. Es ist daher falsch, zu sagen, dass die Reform die öffentliche Hand etwas mehr als



Ruedi Noser

1 Milliarde Franken «kostet». Setzen wir diese Reform nicht um, dann riskieren wir, durch Verlagerungen von Firmen ins Ausland Ausfälle von über 5 Milliarden allein bei der Gewinnsteuer zu erleiden.

Das neue System stärkt die Schweiz als wettbewerbsfähigen Steuerstandort und verlässlichen Wertschöpfungspartner für Konzerne aus dem In- und

Ausland sowie für Schweizer KMU. So werden gleichzeitig attraktive Arbeitsplätze erhalten und der gesellschaftliche Wohlstand gefestigt. Vor allem die Einführung von Patentboxen und erhöhte Abzüge für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen fördern die Standortattraktivität. Die durch diese neuen günstigen Rahmenbedingungen angelockten Unterneh-

men schaffen weitere attraktive und einkommensstarke Arbeitsplätze.

## Die kantonale Steuerhoheit bleibt erhalten

Die Kantone befinden sich in sehr unterschiedlichen Ausgangslagen. Für sie bietet die Vorlage eine exzellente «Tool-Box». Diese haben die Freiheit, aus diesem Werkzeugkasten an steuerlichen Instrumenten diejenigen zu wählen, welche zu ihrem jeweiligen Standort passen. Bei der Auswahl dieser Instrumente verfügen die Kantone über einen grossen Spielraum, das ganz im Respekt des Föderalismus. Es steht ihnen auch frei, die Gewinnsteuer zu senken. Zusätzlich sieht die USR III vor, dass ein höherer Anteil der Bundessteuer an die Kantone zurückfliesst. Dadurch bleibt der finanzpolitische Spielraum gross und die Steuerhoheit der Kantone erhalten. Es ist deswegen nicht überraschend, dass die USR III von der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz getragen wird.

## Auch in Zukunft erfolgreich bleiben

Eine Nichtanpassung an die internationalen Standards würde Arbeitsplätze kosten und Unternehmen zum Wegzug veranlassen. Gleichzeitig muss aber der Unternehmensstandort Schweiz attraktiv bleiben. Der USR III gelingt genau dieser Spagat. Sie ist der nötige Schritt, damit die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich bleibt. Damit diese wichtige Reform schnellstmöglich in Kraft tritt, ist das von der SP ergriffene Referendum zu bekämpfen.

Ja zum Nachrichtendienstgesetz (NDG)

# Mit effektiven Massnahmen Sicherheit erhöhen, klare Spielregeln festlegen

In jüngster Zeit haben sich in mehreren europäischen Ländern schreckliche Terroranschläge ereignet. Auch in der Schweiz hat sich die Bedrohungslage verschärft. Anschläge wie jene in Paris, Nizza und München können sich auch hier ereignen. Terrorismus, Aktivitäten fremder Nachrichtendienste, Proliferation und Angriffe auf kritischen Infrastrukturen sind reale Szenarien. Das Nachrichtendienstgesetz will sich dieser Gefahren annehmen.

**Corina Eichenberger,**  
Nationalrätin AG

Die Bedrohungslage hat sich verändert und verschärft. Die Schweiz als neutrales Land ist dabei nicht eine sichere Insel, wie man vielleicht annehmen könnte: Seit dem Zusammenbruch mehrerer Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist die Bedrohung durch einzelne Terrorgruppen realer geworden. Auch in unserer Gesellschaft sind Fälle von radikalisierten Jugendlichen bekannt. Ein modernes Nachrichtendienstgesetz ist deshalb ein absolutes Muss. Für die wenigen Fälle, welche die innere oder äussere Sicherheit bedrohen, soll der Nachrichtendienst deshalb über wirksame Instrumente verfügen, um gezielt Bedrohungen und Gefahren in Bezug auf die Schweiz rechtzeitig zu erkennen. Der Nachrichtendienst geht dabei von zirka zehn Fällen pro Jahr aus.

### Informationsbeschaffung an Technik des 21. Jahrhunderts anpassen

Die Technologie der Kommunikation hat sich verändert. Die Möglichkeiten sind riesig geworden, und Informationen zirkulieren schneller. Es werden nicht mehr Telefone mit Wählscheiben benutzt, sondern die Kommunikation läuft über Viber oder Skype sowie E-Mail, Whatsapp und andere Anwendungen. Das Nachrichtendienstgesetz passt die Tätigkeit des Nachrichtendienstes an diesen technischen Fortschritt an. Damit erhält der Nachrichtendienst wirksame Mittel zur Bekämpfung von Terroristen, welche der Gesamtbevölkerung schaden wollen.



Corina Eichenberger

### Sicherheit gewährleisten und erhöhen

Die absolute Sicherheit gibt es nicht – das haben die Terroranschläge der letzten zwei Jahre gezeigt. «Einsame Wölfe», also Einzeltäter ohne Kontakt zu Gesinnungsgenossen, sind schwer rechtzeitig zu erkennen. Vorbereitete Taten lassen sich meistens rechtzeitig erkennen, wenn die nötigen Instrumen-

te verwendet werden können. Es gehört deshalb auch zu den zentralen Aufgaben des Schweizer Staates, seine Bürger und Institutionen möglichst gut mit den ihm gegebenen Mitteln vor denjenigen zu schützen, welche die Grundwerte und Grundrechte der Schweiz bedrohen und bekämpfen wollen. Wenn diese Schutzaufgaben aber nur ungenügend wahrgenommen werden

können, werden Menschenleben sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden riskiert. Gleichzeitig sorgen strikte Kontrollmechanismen für eine korrekte und massvolle Anwendung dieser Instrumente, sodass der unbescholtene Bürger in seiner Privatsphäre nicht verletzt wird, aber in einer sicheren Schweiz leben kann.

### Unterschied zwischen NDG, BÜPF und Terrorgesetz

Das Bundesgesetz betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) und das Nachrichtendienstgesetz (NDG) sind nicht dasselbe. Sie verfolgen wesentlich unterschiedliche Ziele: Beim NDG geht es nur um terroristische Aktivitäten, verbotenen ausländischen Nachrichtendienst (Spionage), NBC-Waffenhandel und Angriffe auf kritische Infrastrukturen. Überwachungsmassnahmen gemäss NDG sind nur möglich, wenn das Bundesverwaltungsgericht, der Sicherheitsausschuss des Bundesrates und der Chef des VBS zustimmen. Das Ziel des NDG ist immer die Prävention. Das BÜPF hingegen regelt die Verfolgung konkreter Straftatbestände durch die Strafbehörden sowie die Anklageerhebung gegen und die Bestrafung der Täter, also die Repression. Die ebenfalls bereits diskutierte und vorgesehene neue Terrorismusstrafnorm (Terrorgesetz) ermöglicht die Verurteilung und angemessene Bestrafung eines Terroristen.

Nein zu AHVplus

# Altersvorsorge gefährden statt sichern? Nein!

Am 25. September stimmen wir über die AHVplus-Initiative der Gewerkschaften ab. Sie fordert eine Erhöhung sämtlicher AHV-Renten um 10 Prozent. Dieses Jahr schreibt die AHV bereits zum dritten Mal in Folge ein Defizit. Ein Ausbau steht angesichts dessen völlig quer in der Landschaft. Vielmehr gilt es, die Finanzierung unseres wichtigsten Sozialwerkes langfristig sicherzustellen.

**Regine Sauter, Nationalrätin ZH**

Die Mischung aus Geburtenrückgang, steigender Lebenserwartung und der baldigen Pension der geburtenstarken Jahrgänge, den Babyboomern, ist ein gefährlicher Cocktail für die Altersvorsorge. In der Konsequenz müssen immer weniger Erwerbstätige und Arbeitgeber für die Renten von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern aufkommen. 10 Prozent mehr AHV für alle Rentner kostet viel Geld. Geld, das sich nicht aus der Portokasse der AHV

nehmen lässt, weil das Sozialwerk schon heute mehr ausgibt, als es einnimmt. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Initiative zu jährlichen Mehrkosten von 4,1 Milliarden Franken ab 2018 führen würde, bis ins Jahr 2030 sogar bis 5,5 Milliarden jährlich. Die Finanzierung wird im Initiativtext allerdings völlig ausgeklammert. Ursprünglich war geplant, die zusätzlichen Leistungen über die nationale Erbschaftssteuer zu finanzieren. Diese wurde vom Stimmvolk im letzten Jahr zum Glück abgelehnt. Die Initianten

liebäugeln nun stattdessen mit höheren Lohnabzügen für Berufstätige und Arbeitgeber. Dies ist völlig verfehlt. Im heutigen Umfeld, wo der Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz ohnehin schon eine grosse Herausforderung bedeutet, können wir es uns nicht leisten, die Wirtschaft mit noch höheren Kosten zu belasten.

## Bedürftige verlieren

Darüber hinaus hilft die Verteilung von Geld nach dem Giesskannenprinzip den Falschen. Wer heute auf Er-

gänzungsleistungen angewiesen ist, verliert sogar. In diesen Fällen wird der Anstieg der AHV vom Rückgang der Ergänzungsleistungen kompensiert. Zudem ist im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen die AHV-Rente steuerpflichtig. Damit leisten die Initianten den bedürftigen Pensionären einen Bärendienst. Die linke AHVplus-Initiative ist unbezahlbar, hilft den Falschen und gefährdet die Altersvorsorge. Aus diesem Grund lehne ich sie am 25. September ab und lade Sie ein, es mir gleichzutun.

# Glück ist eine Frage der Sicherheit.

## JA! zum NDG

Das Nachrichtendienstgesetz schützt unsere Freiheit und Sicherheit.

[www.ndg-ja.ch](http://www.ndg-ja.ch)

Grüne Wirtschaft

# Schwächung der Wirtschaft und Bevormundung der Gesellschaft

Im September stimmen wir über die Initiative «Grüne Wirtschaft» ab. Diese will eine Kreislaufwirtschaft in der Verfassung verankern, so dass wir den Ressourcenverbrauch bis 2050 um zwei Drittel reduzieren. Nachhaltigkeit ist zwar sinnvoll und erstrebenswert. Diese Initiative ist aber viel zu extrem: Sie führt zu Zwang, Steuererhöhungen und schwächt die Wirtschaft durch Bevormundung.

## Damian Müller, Ständerat LU

Der Bundesrat warnt vor dieser extremen Initiative. Er sagt, dass schon eine Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent zu «sehr einschneidenden Massnahmen» führen würde. Die 65 Prozent, die von der Initiative verlangt werden, dürften somit unmöglich zu erreichen sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten Kantone und Bund hart intervenie-

ren. Sie müssten z. B. Zwangsmassnahmen erlassen wie neue Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und den Umgang mit Abfällen. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen würden zu starken Regulierungen und Bürokratie führen. Schliesslich würden sie die Kosten massiv ansteigen lassen und der Industriestandort Schweiz würde an Attraktivität verlieren. Ausserdem müssten neue Steuer- und Budgetmassnahmen eingeführt werden. Dies wür-

de vor allem die nationalen Unternehmen treffen und unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

## Unbezahlbare Produkte und Dienstleistungen

Nicht nur die Schweizer Unternehmen würden unter den Konsequenzen der Initiative leiden, auch die Konsumenten wären betroffen. Güter mit hohem Ressourcenverbrauch würden bei einer Annahme der Initiative deutlich

teurer. Diese Preissteigerungen würden vor allem die Ernährung, den Transport respektive das Reisen und das Wohnen betreffen. Gewisse Produkte und Dienstleistungen würden für eine breite Bevölkerungsschicht schlicht nicht mehr bezahlbar sein. Die Initiative der Grünen ist unverhältnismässig: Sie gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit und schliesslich unsere Freiheit. Deshalb sage ich am 25. September klar NEIN.

**AM 25. SEPTEMBER 2016**

**NEIN**

**ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT**

**Nein zu grünen Zwangsmassnahmen und Preisexplosionen**  
**Nein zur Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz**  
**Nein zum Schweizer Sololauf ohne Wirkung**

**f gruenerZwangNEIN @gruenerzwang www.gruener-zwang.ch**

Unsere Fraktion im Kanton Waadt

## Die FDP vereint sich in Aigle

Die FDP-Bundeshausfraktion und Bundespräsident Johann Schneider-Ammann haben sich am diesjährigen Fraktionsausflug vom 8. Juni nach Aigle (VD) begeben. Höhepunkte bildeten die Besuche bei Apco Technologies und dem Centre Mondial du Cyclisme.

Der Beginn dieses ereignisreichen Tages bildete der Besuch bei der Firma Apco Technologies, auf deren grossräumigen Gelände der Bundespräsident und die FDP-Parlamentarier von CEO André Pugin und seinen Mitarbeitern herzlich willkommen geheissen wurden. Diese Firma stellt hochspezialisierte Geräte und Ausrüstung für die Raumfahrt und die Nuklearindustrie her und betreibt in Aigle einen von vier internationalen Standorten. Der Rundgang auf dem Gelände hinterliess bei so manchem der geladenen Gäste einen starken Eindruck. Bundespräsident Schneider-Ammann lobte in seiner Ansprache den Unternehmergeist und die Innovationskraft von Apco Technologies, welche 1992 als Start-up in Vevey ihren Anfang genommen hatte. Seinem Präsidial-Motto «Gemeinsam für Jobs und unser Land» treu betonte er, wie wichtig die Förderung von spezialisierten Arbeitskräften für Firmen wie Apco Technologies und den Standort Schweiz sei. Eine Herausforderung für viele Unternehmen in der Schweiz stellten auch die mehreren tausend noch unbesetzten Lehrstellen dar. Es gelte deshalb, die Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsstätten und der Wirtschaft weiter zu stärken.



Olivier Français

### Nachessen im Schloss Aigle

Apéro und Nachessen genoss die Fraktion anschliessend im Schloss Aigle. Fraktionspräsident Ignazio Cassis bedankte sich für die Einladung der FDP des Kantons Waadt und



Super Stimmung am Fraktionsausflug!

betonte die freisinnige Tradition im Waadtland. Er lobte sodann die Stärken der Schweiz, welche besonders in Zeiten zum Vorschein kommen, in denen der europäische Zusammenhalt bröckelt. In der Schweiz hingegen ent-

stand der Zusammenhalt zuerst in den Köpfen und Herzen der Menschen und wurde dann in die Politik getragen. So entstand denn auch die moderne Schweiz: ein wahrhaft demokratisches Land.

### Auf der Radrennbahn: Das Centre Mondial du Cyclisme

Anschliessend begaben sich die geladenen Gäste in das Centre Mondial du Cyclisme, ein Zentrum mit internationaler Ausstrahlung, welches stark in der Gemeinde verankert ist. Auch konnten die Anwesenden einem Training beiwohnen: In einer Mischung aus Geschick und Dynamik demonstrierten die Profis eindrücklich ihr Können. Als dann hob sich Ständerat Olivier Français gleich selber auf ein Fahrrad und absolvierte ein paar Runden.



Johann Schneider-Ammann, Petra Gössi, Ignazio Cassis.

Regulierungswachstum eindämmen

# Übermässige Bürokratie ist Gift für die Schweizer Wirtschaft

Übermässige Bürokratie und Regulierungen sind schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die FDP hat sich daher den Kampf gegen die Bürokratie auf die Fahne geschrieben. Dies wird auch von der Bevölkerung so wahrgenommen: eine neue Studie zeigt, dass die FDP die kompetenteste Partei im Kampf gegen die Bürokratie ist.

**Andrea Caroni,**  
Ständerat und Vize-Präsident  
FDP. Die Liberalen, und  
**Hans-Ulrich Bigler,**  
Nationalrat ZH

Die FDP setzt sich seit jeher aktiv gegen überbordende Bürokratisierung ein. Seit Januar 2015 haben Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ihre Ärgernisse über unnötige Bürokratie in unserem Bürokratie-Briefkasten ([www.anti-bürokratie.ch](http://www.anti-bürokratie.ch)) zu deponieren. Diese werden anschliessend von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter vertieft geprüft. Dabei bleibt es aber nicht: Schon einige Male wurden Bedenken aus der Bevölkerung aufgegriffen und in Form eines Vorstosses im Parlament eingereicht. So hat uns zum Beispiel ein Bürger auf ein benutzerunfreundliches Webformular zur Datenerhebung der SO-MED aufmerksam gemacht. Dies hat Fraktionspräsident Ignazio Cassis dazu veranlasst, das Postulat «Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen» einzureichen. Im Februar 2015 haben wir zudem die Anti-Bürokratie-Tagung organisiert, bei welcher sich Experten aus der Schweiz und dem Ausland gemeinsam austauschten. Diese Bestrebungen werden denn auch von der Bevölkerung anerkannt. Die im Juni 2016 publizierte Studie der Stiftung StrategieDialog21, welche zum ersten Mal die Einstellung der Bevölkerung zur Regulierung gemessen hat, kam zum Schluss, dass die FDP im Kampf gegen Regulierung und Bürokratie unter den Parteien die grösste Kompe-



Andrea Caroni

tenz geniesst. Auch auf dem parlamentarischen Weg engagieren wir uns aktiv. Lassen Sie uns zwei unserer eingereichten Vorstösse vorstellen.

## Regulierungsfolgeabschätzung einführen und Regulierung bremsen

Regulierungskosten berechnen und messen: Mit den steigenden bürokratischen Auswüchsen ist es notwendig, die Kosten und Nebenwirkungen von geplanten Regulierungen vorgängig objektiv auszuweisen. Die FDP fordert in ihrer Motion «Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken» zwei Massnahmen:

1) Eine einheitliche Kostenrechnung erstellen: Neue Gesetzesvorla-



Hans-Ulrich Bigler

gen generieren einen gewaltigen administrativen Aufwand für die betroffene Wirtschaft. Die Verwaltung berechnet zwar jeweils die Auswirkungen geplanter Regulierungen anhand einer Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Diese wird aber teilweise unvollständig und unterschiedlich veröffentlicht. Die FDP fordert nun, dass die Kosten in einem einheitlichen Verfahren berechnet und in den Botschaften standardisiert und prominent dargestellt werden. So sieht man klarer, was wie viel kostet.

2) Eine unabhängige Prüfstelle schaffen: Der Bundesrat soll zweitens diese RFA künftig von einer unabhängigen Stelle auf ihre Richtigkeit und Qualität überprüfen lassen. Das grosse Problem der RFA ist ihr inhärenter

Interessenkonflikt: Der Regulator prüft sein eigenes Werk. Ein externes Gremium könnte aus einigen unabhängigen Experten bestehen und sich auf die wichtigsten Vorlagen beschränken.

Eine Regulierungsbremse einführen: Eine höhere parlamentarische Hürde für Regulierung würde es erlauben, unnötige Regulierungskosten einzudämmen. Sie soll sich an das Modell der bewährten Schuldenbremse anlehnen. In unserer Motion «Regulierungsbremse. Anstieg der Regulierungskosten eindämmen» fordern wir: Generiert eine Vorlage für mehr als 10000 Unternehmen erhebliche Kosten oder liegt sie über einer zu definierenden Kostenschwelle, muss die Vorlage dem qualifizierten Mehr in der Gesamtabstimmung im Parlament unterstellt werden.

## Für künftige Herausforderungen gewappnet sein

Auch aufgrund des Brexits wird der Schweizer Franken voraussichtlich stark bleiben. Der Bürokratieabbau und die Reduktion der Abgabenlast sind jetzt überlebensnotwendig. Die Delegierten haben an ihrer Versammlung im Juni dieses Jahres nur einen Tag nach dem Votum des britischen Stimmvolkes eine Resolution verabschiedet, welche genau dies fordert.

Die FDP wird auch weiterhin im Sinne einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung politisieren. Der Bürokratieabbau ist in diesem Bestreben ein zentraler Pfeiler: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, der bisweilen masslosen Regulierungswut Einhalt zu gebieten.



Strafverfolgungsbehörden für das 21. Jahrhundert fit machen

## Möglichkeiten von DNA-Analysen ausschöpfen

Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit, dass Straftäter von der Polizei so schnell wie möglich gefasst werden. Nur: In der Schweiz werden unter geltendem Recht nicht alle Mittel ausgeschöpft, um dies zu tun. Insbesondere bei der Verwendung von DNA-Abschnitten kennt die Schweiz restriktive Regeln. In einer Motion fordere ich deshalb die Anpassung des DNA-Gesetzes auf den Stand der heutigen technologischen Möglichkeiten.

**Albert Vitali, Nationalrat LU**

Der Fall der Vergewaltigung einer jungen Frau in Emmen LU im Juli 2015 ist erschütternd. Aufhorchen lässt auch, dass nach der Durchführung eines Massen-DNA-Tests, bei welchem 372 Männer untersucht wurden, der Täter immer noch auf freiem Fuss ist. Dies liegt nicht minder daran, dass unsere Strafverfolgungsbehörden auf nicht mehr zeitgemässen gesetzlichen Grundlagen operieren müssen. Ich fordere deshalb in einer Motion die Anpassung des DNA-Gesetzes, welches den Strafverfolgungsbehörden die notwendigen Mittel in die Hand gibt, um Verbrecher schwerer Straftaten effizient hinter Gitter zu bringen.

### **Strafverfolgung arbeitet mit Mitteln aus dem letzten Jahrhundert**

Anhand der DNA lässt sich ein individueller genetischer Abdruck erstellen, der jeden Einzelnen identifizierbar macht. Unsere Gesetzgebung ermöglicht es heute aber lediglich, uncodierte Abschnitte eines DNA-Profiles zu untersuchen, das heisst Abschnitte, die nur auf das Geschlecht des möglichen Täters zurückschliessen lassen. Unterstützend greifen die Behörden deshalb zu veralteten Methoden wie Phantombilder oder Fingerabdrücke. Verboten hingegen ist die Untersuchung von codierten DNA-Abschnitten: Merkmale wie beispielsweise Augen-, Haar- oder Hautfarbe können damit eruiert und aus diesen Informationen anschliessend ein Täterprofil erstellt werden. Heutzutage kann bereits mit einer Genauigkeit von 90 Prozent er-



Albert Vitali

schlossen werden, ob eine Person blaue oder braune Augen hat.

### **Kein Täterschutz durch Datenschutz**

Mit der Motion «Kein Täterschutz für

Mörder und Vergewaltiger» fordere ich deshalb, dass das DNA-Gesetz an die neuen technologischen Möglichkeiten angepasst wird. Bereits vor 16 Jahren wurde die Ausweitung der Benutzung von uncodierten DNA-Ab-

schnitten im Parlament debattiert, jedoch aufgrund von Datenschutzbedenken aus der Vorlage gestrichen. Seit der Inkraftsetzung des DNA-Profil-Gesetzes im Jahre 2003 hat man positive Erfahrungen gemacht, jedoch hat sich bei der Fahndung nach Verdächtigen seither einiges getan. Zum einen hatte man damals noch keine Erfahrungen mit Massen-DNA-Tests. Internationale Erfahrungen zeigen kein vielversprechendes Bild auf. In Deutschland zum Beispiel wurden seit den 90er-Jahren eine Vielzahl an Massentests durchgeführt, überführt werden konnten aber nur wenige Täter. Zur Ineffizienz solcher Tests kommt hinzu, dass sie hohe Kosten verursachen. Ich bin überzeugt, dass die Luzerner Strafverfolgungsbehörden mit der Erstellung eines Täterprofils im Vergleich zu einem DNA-Massentest den Täterkreis viel effizienter hätten einengen können.

### **Möglichkeiten von DNA-Analysen ausschöpfen**

Die Anpassung des DNA-Gesetzes geniesst auf kantonaler und nationaler Ebene Rückhalt, auch die Polizei und Justizdirektionen sowie Datenschützer würden eine gesetzliche Anpassung begrüssen. Meine Motion wurde in der Frühjahrssession 2016 ohne Gegenantrag im Nationalrat angenommen und an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats übergeben, welche sie bald beraten wird. Wichtig ist, dass wir uns dem Fortschritt nicht verwehren und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Täter schwerer Straftaten zum Schutz der Bevölkerung so rasch wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen.

Verkehrspolitik

# Eine auf lange Frist gesicherte Strassenfinanzierung

Die Schweiz verfügt im weltweiten Vergleich über ein hervorragend ausgebautes Verkehrsnetz. Strasse und Schiene bilden zusammen das Herz der Schweizer Mobilität. Wer in der Schweiz unterwegs ist, weiss aber auch, dass Unterhalt und Ausbau dringend notwendig sind. Anfang 2014 stimmten Volk und Stände für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI). Das war richtig und nötig. Genauso richtig und nötig ist auch, dass die Strasse eine auf lange Frist gesicherte Finanzierung erhält. Mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) berät das Parlament zurzeit jene Vorlage, die die Mittel dazu sicherstellen soll.

**Thierry Burkart,**  
Nationalrat AG

Heute erfolgt die Finanzierung der Aufgaben und Aufwendungen im Strassenverkehr auf Bundesebene über die Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV). In die SFSV fliesst die Hälfte der Mineralölsteuer, der gesamte Mineralölsteuerzuschlag und die Einnahmen aus dem Verkauf der Autobahnvignetten. Die andere Hälfte der Mineralölsteuer kommt der allgemeinen Bundeskasse zu Gute. Über die SFSV wird unter anderem der Infrastrukturfonds gespeist. Dieser befristete Fonds finanziert heute hauptsächlich die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, die Beseitigung von Engpässen und den Agglomerationsverkehr. Dieses System soll nun durch den NAF abgelöst werden, der eine unbefristete Fondslösung für die Strasseninfrastruktur auf Verfassungsstufe vorsieht. Damit wird die Finanzierung der Schiene und der Strasse vereinheitlicht.

## Wichtige und erfolgreiche FDP-Anträge

Die FDP ist seit dem Beginn der parlamentarischen Beratung als Vermitt-



Thierry Burkart

lerin zugunsten eines breit abgestützten, lösungsorientierten Kompromisses aktiv. Wir haben darum sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat diverse Anträge erfolgreich eingereicht. Diese dienen als Voraussetzung, um nicht nur im Parlament die Annahme des Gesamtpaketes zu erreichen, sondern auch von den betroffenen Strassenverbänden die Unter-

stützung zu erhalten. Der nun gefundene Kompromiss zur nachhaltigen Finanzierung des NAF umfasst unter anderem die geringere Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages um 4 Rappen/Liter bei Bedarf (der Bundesrat wollte eine Erhöhung um 6 Rappen/Liter).

## Von der Strasse, für die Strasse

Wir haben aber auch erreicht, dass neu fix 60 Prozent der Mineralölsteuereinnahmen (bisher 50 Prozent) der Strasse zu Gute kommen. Die Erhöhung der Zweckbindung um 10 Prozent soll in zwei Schritten bis 2020 erfolgen. Dadurch wird die Benutzerfinanzierung verbessert: Das Geld, das die Strassenbenutzer via Treibstoffsteuern bezahlen, kommt zum grösseren Teil auch wieder der Strasse zugute. Ebenfalls

ab 2020 werden Elektro-Automobile eine Abgabe bezahlen und damit einen Beitrag an die Strassenfinanzierung leisten. Bereits ab Inkrafttreten des NAF sollen neu die gesamten Einnahmen aus der Automobilsteuer der Strasse zur Verfügung stehen. Die Einnahmen aus der Vignette fliessen weiterhin vollumfänglich in die Strasseninfrastruktur.

Das Parlament hat beschlossen, auch den sogenannten Netzbeschluss in den NAF zu integriert. Dieser sieht vor, dass rund 400 km Kantonsstrassen neu in Bundeskompetenz fallen. Das erfordert ab 2020 zusätzliche Mittel, um auch Unterhalt und Ausbau dieser Strassenabschnitte sicherzustellen. Aus diesem Grund haben sich die Kantone dazu bereit erklärt, einen jährlichen Kompensationsbeitrag in der Höhe von 60 Millionen Franken in den NAF einzubezahlen.

## Vernünftige Finanzierungsvariante

Insbesondere die Kosten für Unterhalt und Betrieb der bereits bestehenden Nationalstrassen sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Es darf davon ausgegangen werden, dass sich dieser Trend auch in absehbarer Zukunft fortsetzen werden. Hinzu kommen die Ausgaben für den Neubau der geplanten Nationalstrassenabschnitte. Ebenso berücksichtigen muss man, dass der durchschnittliche Treibstoffverbrauch von neuen Autos dank verbrauchsärmeren Motoren weiter sinken wird. Gleiches ist daher von den Mineralölsteuereinnahmen zu erwarten. Die nun gefundene Finanzierungsvariante ist vernünftig. Sie sichert der Strasse eine im Vergleich zur Schiene ebenbürtige Fondslösung, die dem nach wie vor wichtigsten Verkehrsträger der Schweiz eine breit abgestützte und auf lange Frist gesicherte Finanzierung garantiert.

## Interview

# «Freiheit ist einer der grössten Werte unserer Gesellschaft!»

Nationalrätin Petra Gössi, Präsidentin FDP.Die Liberalen, über unsere Werte, die Kompetenzen der FDP und wie sie schnell wieder Energie tanken kann.

*Petra Gössi, Sie stehen nun seit gut vier Monaten an der Spitze der FDP.Die Liberalen. Was für eine Zwischenbilanz ziehen Sie?*

Eine positive! Das Amt der Parteipräsidentin ist sehr anspruchsvoll und verlangt viel ab, ich kann aber auch viel lernen. Und, was mich besonders freut, ich lerne unsere Partei und ihre Mitglieder kennen. Ich war bereits bei etlichen Kantonal- und Ortsparteien auf Besuch und kam dabei mit unglaublich vielen spannenden und interessanten Menschen in Kontakt. Ich sehe, mit wie viel Engagement die FDPlerinnen und FDPler am Werk sind. Das freut mich enorm und zeigt mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

*Wohin wird die FDP unter Ihrer Führung steuern?*

Die FDP wird auch unter meiner Führung die einzige liberale, bürgerliche und reformorientierte Partei bleiben. Wir werden nach wie vor nach unseren Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt politisieren. Und wir werden unsere Stärken beibehalten und ausbauen: Unsere Partei ist nicht nur die führende Wirtschaftspartei, sie hat auch die höchste Kompetenz in der Europapolitik. Das ergab unlängst die Auswertung der Befragungen, die nach den Wahlen von letztem Herbst durchgeführt wurden.

*Nach welchem Kompass politisieren Sie?*

Ich orientiere mich in erster Linie an unseren Kernthemen und an unseren Werten. Ich orientiere mich aber auch an sieben weiteren Punkten, welche mir sehr wichtig sind: eigenverantwortliches Handeln, Schutz von Privateigentum, Föderalismus, massvolle Regulierung, Schutz der Privatsphäre, wirtschaftliche Entwicklung fördern



Petra Gössi

und Umverteilungspolitik verhindern. Diese Punkte dienen mir als Ergänzungen für mein konkretes Handeln.

*Was ist Ihnen persönlich wichtig in Bezug auf die Entwicklung unserer Gesellschaft?*

An erster Stelle steht für mich eigenverantwortliches Handeln. Denn wo Freiheit gefordert wird, muss eigenverantwortlich gehandelt werden. Das eine funktioniert ohne das andere nicht. Eigenverantwortung und Freiheit gehen Hand in Hand, sie bilden die Basis unserer direkten Demokratie. Nur eigenverantwortliche Bürger sind mündige Bürger. Und diese sind die Stütze unserer Gesellschaft.

*Was bedeutet Freiheit für Sie?*

Freiheit ist einer der grössten Werte und Errungenschaften unserer Gesell-

schaft! Freiheit ist gleichzeitig ein Eckpfeiler und einer der grössten Werte der FDP.Die Liberalen. Daher ist es so wichtig, dass wir unsere Freiheit, die es vielerorts auf der Welt leider so nicht gibt, schützen und dass wir Sorge tragen zu ihr.

*Wo sehen Sie die Herausforderungen für die Wirtschaft?*

In erster Linie muss die Politik die Unternehmen in der Schweiz schnellstens von Bürokratie entlasten und unnötige Regulierungen stoppen. Die FDP hat hierzu bereits Vorstösse eingereicht, die nun umgehend umgesetzt werden müssen. Die Einführung eines Mehrwertsteuer-Einheitssatzes beispielsweise zwingt sich geradezu auf. Wir fordern das seit Langem. Nun ist es wie nie zuvor angezeigt, dies umzusetzen. Setzen wir diese Massnah-

men zeitnah um, stärken wir den Standort Schweiz und können die sich bietenden Chancen nutzen.

*Sie sagen dies auch mit Blick auf Grossbritannien, das die EU verlassen wird.*

Ja, und dies wird auch für die Schweiz zu einer Herausforderung, die wir nicht unterschätzen dürfen. Für die Schweiz ist es notwendig, dass die Standortförderung sich gezielt auf diese neue Ausgangslage ausrichtet. Die Förderung eines liberalen Finanz- und Werkplatzes und Versicherungsmarktes und die rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sind mit dem Brexit noch dringlicher geworden: So sichern wir Arbeitsplätze in der Schweiz, stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit und schaffen Rechtssicherheit. Attraktive Standortfaktoren und auf lange Frist verlässliche politische Rahmenbedingungen sind wichtiger denn je.

*Als Präsidentin sind Sie enorm engagiert. Wie sieht eine typische Woche von Petra Gössi aus?*

(lacht) DIE typische Woche gibt es nicht, jede ist anders. Was alle Wochen aber gemeinsam haben, ist, dass die Agenda immer voll ist. Ich habe jedoch grosse Freude an dem, was ich in meinem Amt für die FDP machen darf!

*Finden Sie daneben noch Zeit zum Ausspannen?*

Ja, wenn auch oft nur kurzzeitig. Ich geniesse es sehr, in die Natur und vor allem in die Berge zu gehen. Auf dem Grossen Mythen und der Rigi kann ich sehr gut abschalten und sehr schnell wieder Energie tanken. Wenn ich etwas mehr Zeit habe, liebe ich es, eine längere Bergtour zu machen. Das ist für mich meine persönliche Freiheit! (lacht)

Termine jetzt schon vormerken

# Tag der FDP 2017

Im Spätsommer 2017 feiern wir wieder einen Tag der FDP! Reservieren Sie sich schon jetzt den Samstag, 2. September 2017, in Ihrer Agenda, und werden Sie Teil unseres grossen Festes. Auch weitere Termine im Jahreskalender der FDP sollten Sie sich schon heute eintragen. Alle Daten finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.fdp.ch/events](http://www.fdp.ch/events).

Die beiden Tage der FDP 2014 in Zug und 2015 in Sursee sind allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch sehr lebhaft in Erinnerung. Es waren unterhaltsame, gesellige und verbindende Anlässe, die uns auf den Wahlkampf im Herbst 2015 eingestimmt haben. Über 3000 FDPlerinnen und FDPler feierten gemeinsam und erlebten viel Überraschendes, Gemeinsames und Motivierendes. An diese Erinnerungen wollen wir mit dem nächsten Tag der FDP anknüpfen.

### Samstag, 2. September 2017, in Neuchâtel

Direkt am wunderschönen Neuenburgersee gelegen, findet am Samstag, 2. September 2017, der nächste Tag der FDP statt. Seien Sie mit dabei, wenn wir uns ein erstes Mal auf den Wahlkampf im Jahr 2019 einstimmen. Es erwartet Sie ein abwechslungsreiches Programm inkl. Angeboten für die ganze Familie, eines feinen Essens und der Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Amtsträger aller Ebenen werden den Weg nach Neuchâtel finden, und wir werden alles geben, auch diesen Tag der FDP zu einem unvergesslichen Erlebnis zu machen.

Tragen Sie sich den Tag der FDP bereits jetzt dick in Ihrer Agenda ein. Die Einladung folgt per Post an alle Mitglieder im Frühling 2017. Natürlich sind auch Ihre Familie, Freunde oder Verwandte am Tag der FDP herzlich willkommen. Unser Ziel sind mindestens 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Neuchâtel. Wir freuen uns auf Sie!

### Delegiertenversammlungen für das kommende Jahr

Es gibt noch weitere Termine, welche Sie sich schon heute merken sollten. Da der erste Abstimmungssonntag im Jahr 2017 bereits Mitte Februar ansteht, findet die «dazugehörige» Delegiertenversammlung bereits am 26. November 2016 statt. So kommen wir 2016 auf fünf Delegiertenversammlungen. Aktuell suchen wir noch einen Austragungsort für diese Delegiertenversammlung. Wo sie genau stattfinden wird, finden Sie demnächst auf unserer Webseite.

Die weiteren Delegiertenversammlungen im nächsten Jahr finden am 25. März, am 24. Juni und am 21. Oktober statt. Reservieren Sie sich die Daten schon mal vor. Die Einladungen folgen wie gewohnt rund drei bis vier Wochen vor dem Anlass. An dieser Stelle einmal mehr der Hinweis, dass unsere Delegiertenversammlungen auch für Gäste öffentlich sind. Kommen Sie bei Interesse doch vorbei, und erleben Sie vor Ort, wie die Politik der FDP gemacht wird.

## Termine 2016 und 2017

1. Oktober 2016	Delegiertenversammlung in Montreux
26. November 2016	Delegiertenversammlung in Thun
25. März 2017	Delegiertenversammlung
24. Juni 2017	Delegiertenversammlung
2. September 2017	Tag der FDP in Neuchâtel
21. Oktober 2017	Delegiertenversammlung

## Helfen Sie uns, Sie einfacher zu erreichen!

Sie wollen regelmässig über die nationale Politik der FDP informiert werden und schnellstmöglich über die verschiedenen Termine Bescheid wissen? Abonnieren Sie unseren Newsletter unter:

<http://www.fdp.ch/kommunikation/newsletter-fdp/newsletter-abonnieren.html>

oder folgen Sie uns auf Facebook, Twitter und Instagram.

Indem Sie uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntgeben, helfen Sie uns zudem, Sie kostengünstiger, schneller und umweltfreundlicher zu erreichen. Durch Einsparungen bei den Porto-Kosten können wir wichtige finanzielle Mittel in unseren Wahlkampf investieren. Bitte melden Sie Ihre Adresse an:

[info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch)

Vergessen Sie dabei Ihren vollen Namen und Ihre Ortspartei nicht.

Zukunft Medienlandschaft Schweiz

# Mehr Service privé in der Medienlandschaft

Wohin die neue Medienwelt geht, wird in der Bevölkerung oft diskutiert und ist ebenso umstritten. Der digitale Wandel bietet viele Chancen, wenn man sie denn packt. In der Schweiz kann nur dann eine dauerhafte Medienvielfalt im digitalen Zeitalter entstehen, wenn sich der Koloss SRG zurückhält und sich auf seinen wesentlichen Auftrag konzentriert: den Service public. Private Medien erhalten so mehr Raum zur freien Entfaltung. Das Gebot heisst also, mehr Service privé zu wagen.

**Christian Wasserfallen,**  
Nationalrat BE und  
Vize-Präsident FDP.Die Liberalen

Die künftige Medienwelt wird sich wesentlich und vor allem sehr schnell verändern. Warum diese Denkweise dringend notwendig ist, verdeutlichen folgende Fakten.

- Über 90 Prozent der Schweizer Haushalte besitzen Breitband-Internet.
- Allein Swisscom TV hat heute über 1,1 Million Kunden, wovon ca. 80 Prozent zeitversetzt, also nicht mehr live, fernsehen.
- Analoges UKW-Radio wird bis 2024 abgestellt, und es gibt nur noch Digitalradio (DAB+).
- Um das Jahr 2020 wird die 5. Generation Mobilfunk eingeführt, welche 100 Mal schneller sein wird als das heutige 4G.

## Subsidiaritätsprinzip im Medienbereich

In Art. 5a der Bundesverfassung ist das Subsidiaritätsprinzip verankert, welches gerade im Medienbereich gestärkt werden muss. Nur was private Medien nicht zu ausreichender Qualität produzieren, soll die SRG übernehmen. Entsprechend sind für die SRG – was auch in der Konzession festgehalten ist – Marktanteile nicht prioritär. Deswegen ist es vermessen zu argumentieren, die SRG befinde sich in Konkurrenz zu Netflix, Youtube, iTunes, Google, Spotify, ARD, RTL, TF1, RAI usw. Die SRG steht nirgends in einer Marktposition, schon gar nicht zu den privaten inländischen Medienhäusern. Mit anderen Worten: Egal ob die SRG einen oder 8 Millionen Zuschauer hat; sie erhält jährlich rund 1,2 Milliarden Gebührengelder.



Christian Wasserfallen

## Chancen für neue erfolgreiche und digitale Medienwelt

Bleiben wir daher in der Schweiz und beleuchten die Chancen für eine neue erfolgreiche und digitale Medienwelt:

- In unserem Land ist wegen dessen heterogenen sprachregionalen Ausprägung die Subsidiarität im Medienbereich relativ zu betrachten. Je kleiner die Sprachregion, desto mehr Service public durch die SRG ist notwendig. In der Deutschschweiz sind beispielsweise ganz andere private mediale Produkte realisier- und finanzierbar als im Tessin. Gerade in der

Deutschschweiz ist der Service privé zu stärken.

- Erst wenn private Medienanbieter mehr Raum zum Beispiel für Eigenproduktionen erhalten, werden sie den Durchbruch am Markt schaffen.

- Aufgrund der Tatsache, dass künftig ausser wenigen Programmen nur noch zeitversetzt ferngesehen wird, sind 24 Stunden Vollprogramme überflüssig. Eine gute Dokumentation oder ein Politgespräch werden auf dem Tablet angeschaut, wenn man Zeit hat. Es ist schlicht nicht mehr zeitgemäss, 24 Stunden Vollprogramme zu Rand-

zeiten mit eingekauften Serien oder seichten Shows zu füllen. Hier kann man komprimieren und Geld sparen.

- Ebenso ist das Online-Angebot der SRG auf ein Minimum ohne journalistische Verwertung zu beschränken, und die Gebühren sind entsprechend zu senken. Die SRG soll dort eine reine Audio- und Videothek betreiben. Die journalistische Verwertung dieses Materials muss den privaten Medienhäusern offenstehen. Beispielsweise können private Medienhäuser auf ihren Internetportalen das SRG-Material einbinden, um etwa von den hochwertigen Auslandskorrespondenten der SRG zu profitieren. Das wäre wahrer Service public online.

- Mit DAB+ und Internet werden private Medienhäuser im Radiobereich vermehrt gesamtschweizerische Programme senden. Die SRG-Radioprogramme sind also deutlich zurückzufahren, um die Medienvielfalt bei den Radios nicht zu gefährden.

Es geht also einiges. Leider hat der Bericht des Bundesrates zum medialen Service public diese Zeichen der Zeit nicht erkannt. Dort geht es in erster Linie darum, was die SRG sonst noch machen kann, statt dass der Subsidiaritätsgedanke endlich Einzug erhält. Ebenso wenig ist die Initiative «No-Billag», welche die SRG gleich ganz abschaffen will, im Interesse des Landes. Aus diesen Gründen hat die FDP entschieden, das Heft selber in die Hand zu nehmen und sich in einem Papier eigenständig zu positionieren. Wir wollen die künftige Medienwelt wie ausgeführt aktiv gestalten.

Offenlegung Interessenbindung: Christian Wasserfallen amtiert als Verwaltungsrat von Radio Bern 1, einem Privatrado ohne Gebührenanteile.

# Mit voller Kraft weiter im Europa-Marathon

## Liebe Freisinnige

In der derzeitigen Berichterstattung zum Europa-Dossier wird gerne eine bildliche Sprache bemüht. Die Ausgangslage ist wahrlich vielschichtig, die Akteure und Interessen vielfältig: Die EU bangt um das bisher Erreichte. Der Brexit stellt sie vor zusätzliche Herausforderungen. Und mittendrin befindet sich die mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) beschäftigte Schweiz. Eine Situation so verzwickelt wie ein Gordischer Knoten. Der Ausweg – eine Quadratur des Kreises oder doch das Ei des Kolumbus?

Sie sehen, wertere Leserinnen und Leser, an Kreativität zum Umschreiben der aktuellen Situation mangelt es nicht. Viel schwieriger ist allerdings die Frage, wie wir die bestmögliche Lösung für unser Land finden. Zurzeit wird in den Medien viel spekuliert: Ist der Spagat zwischen Umsetzung der MEI und Erhalt der Bilateralen möglich? Ich bleibe zuversichtlich.



Johann Schneider-Ammann und Jean-Claude Juncker.

Die Klärung der offenen Fragen mit der EU bildet einen der Schwerpunkte meines Präsidentschaftsjahres. Die Arbeiten zur Lösungsfindung sind in vollem Gang. Mitte Juli haben EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und ich vereinbart, die Gespräche auf technischer Ebene zu intensivieren

und uns am 19. September zum nächsten offiziellen Termin in Zürich zu treffen.

In den vielen Gesprächen mit Regierungschefs und Ministern unserer Nachbarländer stellt der Bundesrat immer wieder Verständnis für unsere Situation sowie die Bereitschaft fest,

uns bei der Findung einer einvernehmlichen Lösung zu unterstützen. So zum Beispiel auch am «Mini-Gipfel» im Zugabteil bei der Gotthard-Eröffnung mit Frau Merkel und den Herren Hollande, Renzi, Hasler und Kern.

Aber: Unsere Nachbarn können nicht für uns die Kohlen aus dem Feuer holen. Eine Lösung für die Umsetzung des Schweizer Volksentscheids obliegt primär uns. Derzeit befassen sich die zuständigen parlamentarischen Kommissionen mit den diesbezüglichen Vorschlägen des Bundesrates.

Bereits in der Sommersession hat das Parlament zudem der Ausweitung der Personenfreizügigkeit (PFZ) auf das jüngste EU-Mitgliedland Kroatien zugestimmt, was zu begrüßen ist. Allerdings hat das Parlament diese Zustimmung an eine Lösung mit der EU bei der MEI-Umsetzung geknüpft. Dies bringt die Mitgliedschaft der Schweiz im EU-Forschungs-Rahmenprogramm Horizon 2020 arg in Bedrängnis. Ohne PFZ-Ausdehnung auf das EU-Mitglied Kroatien ist nicht nur die Wiederaufnahme in den Kreis der vollassozierten Staaten unmöglich, sondern läuft auch die Teilassoziierung Ende Jahr aus. Ohne den Zugang zum EU-Forschungs- und Innovationsraum drohen der Schweiz grosse Schäden. Spitzenköpfe ziehen ab oder kommen erst gar nicht mehr. Ich begrüße daher das Ziel der FDP-Bundeshausfraktion, die Vollassoziierung der Schweiz bei Horizon 2020 zu garantieren. Dies bedingt in den kommenden Wochen besonderen Effort von allen involvierten Akteuren.

Die Verhandlungen mit der EU, liebe Freisinnige, absolvieren wir nicht im Sprint. Vielmehr müssen wir unsere Hartnäckigkeit, Ausdauer, aber auch das schweizerische Verhandlungsgeschick weiterhin an den Tag legen, um in diesem Marathon erfolgreich die Ziellinie überschreiten zu können.

Ich wünsche uns allen dabei viel Kraft und Erfolg.



Eröffnungsfeier am Gotthard.

**Ihr Johann N. Schneider-Ammann, Bundespräsident**

Dienstpflicht für alle?

# Ja zu einer Gleichberechtigung auf Augenhöhe

Die FDP.Die Liberalen Frauen leben eine Gleichberechtigung auf Augenhöhe. Dazu gehören gleiche Rechte für Mütter und Väter, gleicher Lohn für Mann und Frau, mehr gemischte Teams in den Chefetagen der Schweizer Wirtschaft und selbstverständlich auch die allgemeine Wehrpflicht.

**Claudine Esseiva,**  
Generalsekretärin  
FDP.Die Liberalen Frauen

Der am 6. Juli 2016 vom Bundesrat veröffentlichte Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem schlägt unter anderen auch das norwegische Modell vor: Eine Dienstpflicht für beide Geschlechter. Die Studiengruppe betont, es gehe ihr nicht primär um Gleichberechtigung, sondern darum, das Potenzial an gut ausgebildeten Frauen für das Militär zu erschliessen. Auch die Schweizer Armee benötige immer mehr spezialisierte Fachkräfte: Engpässe bei den Sanitätstruppen oder bei den Militärärzten könnten beseitigt werden, wenn beide Geschlechter dienstpflichtig wären. Das Militär hätte auf einen Schlag ein doppelt so grosses Reservoir an möglichen Rekrutinnen und Rekruten. Also ziemlich der gleiche Diskurs wie bei dem Fachkräftemangel.

## Ist die Schweizer Armee bereit für diese Reform?

Eine gute Freundin von mir absolvierte die Rekrutenschule. Und ihre Erzählungen waren sehr interessant und geben mir Anlass, hier Stellung zu nehmen. Die allgemeine Dienstpflicht birgt viele Chancen, aber auch grosse Herausforderungen. Die heutige Armee ist eine Männerwelt. Sich als Frau in diese Welt zu begeben braucht Mut, denn die Frauen bilden immer noch mit gerade 0,6 Prozent eine krasse Minderheit. Mit dem muss Frau wissen, umzugehen. Die sexistischen Sprüche sind das eine, das mangelnde Verständnis kommt aber noch erschwerend dazu. Aber oft fehlt es am Praktischen. Zum Beispiel an Duschen und Umkleidekabinen: Zuerst

Claudine Esseiva

duschen die Männer. Die Frauen können erst nachher den gleichen Duschraum benutzen – und natürlich haben

sie nicht soviel Zeit wie die Männer. Aber das sind Probleme, die relativ einfach zu lösen sind. An der fehlen-

den Infrastruktur soll und darf die Dienstpflicht für alle nicht scheitern.

## Chancen für beide Seiten

Die Armee bietet den Frauen viele Chancen. Frauen lernen sich in einem schwierigen Umfeld durchzusetzen, ihre Stimme zu erheben und für ihre Rechte einzustehen. Meine Freundin sagt klar, dass sie dank der RS mehr Selbstvertrauen bekommen hat. Etwas was sie in der Berufswelt gut gebrauchen kann. Und auch das Netzwerk ist doch immer noch von Bedeutung. Wer zusammen solche doch manchmal harte Zeiten durchmacht, der hält auch später zusammen.

Und die Frauen sind eine Chance für die Armee. Neben den fehlenden Fachkräften bringen sie Diversität in die Armee. Gemischte Teams arbeiten im Erwerbsleben aber auch im Militär besser. Kompanien mit Frauen sind disziplinierter, anständiger und somit erfolgreicher. Also ein klarer Mehrwert für die Armee.

## Vorteil für die Gesellschaft

Diese Erlebnisberichte wie auch die Grundhaltung eines modernen Staates bestätigen mich in der Auffassung, dass Chancengleichheit in allen Lebensbereichen ein Vorteil für die Gesellschaft ist. Nur wenn wir als zukunftsorientiertes Land auch den Mut haben, die Chancengleichheit zu Hause, im Beruf, in der Politik und auch in der Armee zu leben, schaffen wir eine Gesellschaft, in der Mann und Frau auf Augenhöhe miteinander sind.

Wir sind gespannt, was der Bundesrat aus diesem Bericht für Schlüsse zieht. Als FDP-Frauen, mit dem Bestreben für ein Leben auf Augenhöhe, werden wir diese Reformen eng verfolgen.



# Service-Public-Konferenz

Mittwoch, 7. September 2016, 13.30 – 17.30 Uhr  
 Hotel Bellevue Palace, Kochergasse 5, 3011 Bern



Jens Alder



Doris Fiala



Pietro Supino



Roger de Weck

*Der Bundesrat hat im Juni seinen Service-Public-Bericht veröffentlicht. Dieses Papier bildet eine wichtige Diskussionsgrundlage für die Gestaltung der zukünftigen Schweizer Medienlandschaft. Der Verband SCHWEIZER MEDIEN will mit dieser Konferenz eine Plattform für eine facettenreiche Diskussion bieten.*

#### Wirtschaft

**Jens Alder**, VR-Präsident Alpiq und ex-CEO Swisscom, wird im Referat «Service Public – eine unternehmerische Perspektive» seine Vorstellung des Service Public aus Sicht der Wirtschaft präsentieren.

#### Private und öffentlich-rechtliche Medien

**Pietro Supino**, Verleger & VR-Präsident Tamedia, vertritt die Sicht der privaten Schweizer Medienunternehmen, **Roger de Weck**, Generaldirektor der SRG, diejenige des öffentlich-rechtlichen Anbieters.

#### Politik

**Doris Fiala**, Nationalrätin FDP – Die Liberalen, **Edith Graf-Litscher**, Nationalrätin SP, **Gerhard Pfister**, Parteipräsident und Nationalrat CVP, und **Gregor Rutz**, Nationalrat SVP, analysieren die aktuellen politischen Entwicklungen.

#### Wissenschaft

Über die zahlreichen Studien zu den verschiedenen Modellen des Service Public diskutieren **Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl**, Università della Svizzera italiana, **Prof. Dr. Mark Eisenegger**, vom Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich, **Prof. Dr. Peter Hettich** sowie **Prof. Dr. Christian Hoffmann**, beide von der Universität St. Gallen.

Moderation: **Peter Hartmeier**, ehemaliger Chefredaktor des Tages-Anzeigers und heutiger Mitinhaber und Partner der Lemongrass Communications AG.

Das Programm ist in Arbeit. Aktuelle Informationen finden Sie hier:  
[www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz](http://www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz)

#### Teilnahmegebühr

220 Franken, 120 Franken für Mitglieder des Verbandes SCHWEIZER MEDIEN

jetzt hier anmelden:

[www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz](http://www.schweizermedien.ch/service-public-konferenz)

Veranstalter:  
 Verband SCHWEIZER MEDIEN  
 Konradstrasse 14  
 Postfach  
 8021 Zürich  
 044 318 64 64  
[www.schweizermedien.ch](http://www.schweizermedien.ch)

**Last-Minute-  
 Anmeldung  
 bis 2.9.16**